

# DER GRÜNE BOTE



## Hoffnung für unsere Musikschule

Vielen von Ihnen ist die Musikschule Neckargemünd bereits ein Begriff, andere wollen sich vielleicht erst eine Vorstellung davon machen.

Die Musikschule ist eine Einrichtung, die Kindern und Jugendlichen eine fundierte musikalische Ausbildung durch qualifizierte Musikpädagogen ermöglicht. Das Angebot umfaßt die ganze Breite instrumentaler Ausbildung. Neben dem Einzel- und Gruppenunterricht ist das Herzstück einer Musikschule das gemeinsame Musizieren. Eine Vielfalt von Ensembles (Big Band, Orchester, Kammermusikgruppen) wie sie nur in diesem Rahmen möglich sind, kennzeichnen eine Musikschule und sind Ausdruck ihrer Lebendigkeit.

Die Musikschulen sind auf die Zuschüsse der Gemeinden angewiesen. Steigende Kosten, die nicht mehr getragen werden konnten, haben unlängst zu einem spektakulären Austritt sämtlicher Gemeinden aus dem Musikschulverein Neckargemünd geführt. Dies wirkte wie ein Schock.

Wir, die Eltern, können täglich miterleben, welche hervorragende Arbeit in der Musikschule geleistet wird, so daß wir uns mit aller Kraft für den Erhalt unserer Musikschule einsetzen.

Wir haben uns sehr gefreut, daß vor kurzem ein gemeinsames Gespräch am "Runden Tisch" mit allen Gemeinden und den Musikpädagogen zustande gekommen ist. Die sachlichen und konstruktiven Gespräche haben die Bereitschaft zur Zusammenarbeit deutlich gemacht und haben uns hoffnungsvoll gestimmt. Die Ergebnisse dieses "Runden Tisches" möchte ich an dieser Stelle zusammenfassen:

*Lesen Sie weiter auf Seite 2*

In eigener Sache:

### Dreiklang

Das Thema „Musikschule Neckargemünd“ ist Schwerpunkt in dieser Ausgabe des GRÜNEN BOTEN. Es brennt zumindest den Familien im Ort unter den Nägeln, aus denen die ungefähr fünfzig Wiesenbacher Musikschülerinnen und Musikschüler stammen. Und nicht nur für den Wiesenbacher Gemeinderat handelt es sich dabei um ein kommunalpolitisches Problem von großer Tragweite. Die ganze Nachbarschaft ist betroffen, von Meckeshelm bis Neckarsteinach und von Lobbach bis Galberg. Es geht - ganz dramatisch gesehen - um Leben und Tod einer kulturellen Einrichtung, mit der die beteiligten Gemeinden bisher ihren Kindern und Jugendlichen ein beachtliches Ausbildungs- und Freizeitangebot gemacht haben. Es geht um vierzig Arbeitsplätze, die den Beschäftigten bisher über den BAT eine an vergleichbaren Musikschulen so nicht vorhandene soziale Sicherheit garantiert haben. Und schließlich geht es um eine Menge Geld aus reichlich schlaffen Gemeindepäckeln.

Wir lassen im GRÜNEN BOTEN heute gerne alle drei an der Musikschule beteiligten Partner im Dreiklang erklingen: Die Eltern, das Musikschulkollegium und den Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde.

Leider hat Herr Kaiser es für nötig befunden, seinen für den GRÜNEN BOTEN geschriebenen Artikel vorab in seiner Hauspostille, den „Gemeinde-Nachrichten“, abzudrucken. Das ist ärgerlich und widerspricht allen Pressegepflogenheiten. Wir drucken seinen Text trotzdem ab, weil es uns um die Sache geht.

Gerade in den letzten Tagen hat der Betriebsrat der Musikschule einen Vorschlag schriftlich ausgearbeitet in den Rathäusern abgeliefert, der es in sich hat. Mit einem Gehaltsverzicht von bis zu zwanzig Prozent und verschiedenen anderen Maßnahmen wollen die Musikschullehrer(innen) den Gemeinden ungefähr 300.000 DM an Einsparungen ermöglichen und so ihre Arbeitsplätze retten!

Die Wiesenbacher Grünen haben sich von Anfang an gegen die Auflösung der Musikschule Neckargemünd und für eine Strukturreform ausgesprochen. Denn klar ist: es kann nicht alles beim alten bleiben. Ein weiterer Kostenanstieg wäre zumindest für unsere Gemeinde nicht zu verantworten. Die Lehrerinnen und Lehrer der Musikschule haben jetzt mit ihrem Vorschlag allen Beteiligten ein Zeichen gesetzt. Alle beteiligten Gemeinden müssen sich wieder zusammensetzen und mit dem Betriebsrat, den Eltern und auch den Kindern beraten. In welcher Form die Musikschule Neckargemünd erhalten werden kann.

**Die Redaktion**

## Im Brennpunkt

Ausschlaggebend war die Bereitschaft der Musikpädagogen, auf einen erheblichen Teil ihres Gehaltes zu verzichten. Dies kann nicht genügend hoch anerkannt werden. Diese Entscheidung wird eine beträchtliche Einsparung zur Folge haben, was aus den Reihen der Gemeinderäte mit einem "Da bewegt sich was" kommentiert wurde.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ließen die Gemeinden erkennen, daß sie auf Grund der neuen Konstellation ihre Entscheidung hinsichtlich des Austritts aus der Musikschule überdenken wollen.

Auch die Elternschaft ist gewillt, einen finanziellen Beitrag zur Kostendeckung zu leisten. Weiterhin wurde beschlossen, einen Freundes- und Förderkreis einzurichten sowie regelmäßig Benefizkonzerte zu veranstalten, um den Etat der Musikschule aufzubessern im Sinne von "Auch Pfennige addieren sich zu einer Mark". Uns ist bewußt, daß die fetten Jahre vergangen und die Gemeindegassen leer sind. Mit dem Angebot, auf einen erheblichen Teil ihres Gehaltes zu verzichten, haben die Musikpädagogen einen richtungsweisenden Schritt getan, der gewiß nicht leicht gefallen ist.

Wir Eltern haben gelernt, daß wir Mitverantwortung übernehmen müssen und an der aktiven Erarbeitung von Vorschlägen und Lösung von Problemen mitwirken können.

Es ist wichtig, daß wir in Zukunft mehr miteinander sprechen und aufeinander zugehen. Der erste Schritt ist getan, weitere müssen folgen.

Wäre es nicht ein riesiger Erfolg für alle, wenn durch die Kooperation von Gemeinden, Musikpädagogen und Eltern unsere Musikschule erhalten werden kann ?!

Ragini Gandhi,  
Eltern-Initiativkreis



## Rettung durch Lohnverzicht im Arbeitsfall !?

Der Konflikt um die Musikschule Neckargemünd hat sich im Laufe dieses Jahres zugespitzt. Wie konnte es dazu kommen ?

Meines Erachtens liegt es vor allem daran, daß alle Beteiligten kaum finanzielle Spielräume haben: In den Gemeindegassen herrscht Ebbe, weshalb die Tendenz besteht, für viele Eltern ist das Schulgeld eigentlich zu hoch und auch wir Musikschullehrer verdienen letztlich unter Berücksichtigung von Ausbildung und Leistung viel zu wenig.

Wenn man vielen der im letzten Jahr erschienenen Presseberichten Glauben schenken will, gehören Musikschullehrer anscheinend zu den Großverdienern: ständig steigen sie in höhere Gehaltsstufen auf, ein Bewährungsaufstieg folgt dem anderen ..... und dergleichen mehr !

Sicherlich: Die Lehrerinnen und Lehrer der Musikschule werden nach BAT vergütet; allerdings sind wesentliche Teile des BAT wie z.B. die betriebliche Altersversorgung ausdrücklich in unseren Arbeitsverträgen ausgeschlossen. Nach Hochschulabschluß mit Diplom und Probezeit beginnt die Berufslaufbahn eines Musikschullehrers bei BAT V b (DM 2896,81 Brutto in Alterstufe 3).

Zum Vergleich: Ein Grund- und Hauptschullehrer verdient als Berufsanfänger ein Gehalt, das in etwa BAT III entspricht (DM 3962,24 Brutto in Alterstufe 3).

Nach fünf Jahren erfolgt ein einmaliger Bewährungsaufstieg nach BAT IV b (3652,23 Brutto in Alterstufe 6).

Diese Angaben stammen aus der Vergütungstabelle 1995, und verstehen sich zuzüglich allgemeiner Zulage und Ortszuschlag. Weitere Bewährungsaufstiege oder Beförderungen sind nicht möglich !

An der Musikschule verdienen allerdings nur 5 von 40 Kollegen ein volles BAT-Gehalt. Die überwiegende Mehrheit der Kollegen ist teilzeitbeschäftigt und bis auf wenige Ausnahmen hat bisher die Abmeldung eines Schülers ganz direkt zu entsprechenden Gehaltskürzungen geführt. Bei einem Nettoverdienst von ca. 2700,- DM überlegt sich ein Familienvater sehr genau, ob er mit 20 % Gehaltsverzicht überhaupt noch über die Runden kommt.

Ein engagierter Musikschullehrer, der jahrelang bereit war, viele unbezahlte zusätzliche Proben in den Abendstunden, an Wochenenden und in den Ferien zu leisten, kann wenig Verständnis für die Unterstellung aufbringen, er würde für das Geld, das er verdient, zu wenig arbeiten. Bei einer Verrechnung von Arbeitszeiten zwischen 45 und 50 Stunden pro Woche in den Vorbereitungsphasen vor größeren Veranstaltungen und Konzerten kann eigentlich von einem Ferienüberhang nicht mehr die Rede sein! Wenn das Kollegium der Musikschule jetzt das Angebot unterbreitet, im Rahmen des Ferienüberhangs und durch Reduzierung der jeweiligen Stundenzahl auf insgesamt 20 % des bisherigen Gehalts zu verzichten, dann nicht weil wir Musikschullehrer in unseren privaten Haushalten mehr finanziellen Spielraum hätten als beispielsweise die an der Musikschule beteiligten Gemeinden.

Es geht aber um die Rettung unserer Arbeitsplätze und es geht auch um die Rettung der Musikschule als kulturelles Angebot in unserer Region.

Das Ende der Musikschule wäre vor allem auch ein Verlust für viele Kinder und Jugendliche in unseren Gemeinden. Was die Musikschule in 17 Jahren an Jugend- und Bildungsarbeit hier in der Region aufgebaut hat, wird von privaten Anbietern in dieser Art sicher nicht zu leisten sein.

Schlecht bezahlte und daher ständig wechselnde Lehrkräfte lassen keine sinnvolle pädagogische Arbeit zu. Wenn man die Sache in volkswirtschaftlichen Zusammenhängen betrachtet, stellt sich heraus, daß die halbwegs ordentlich angestellten Lehrer der Musikschule durch Steuern und Sozialabgaben eben gerade die Beträge wieder an Bund, Land und Gemeinden zurückfließen lassen, die sie an Zuschüssen durch die öffentliche Hand erhalten.

Schwarzarbeit rechnet sich bei genauem Hinsehen nicht - weder für den einzelnen noch für die Gesellschaft.

Wir laden nach wie vor alle Gemeinderäte und Bürgermeister der beteiligten Gemeinden ein, sich von der Qualität unserer Arbeit bei Veranstaltungen und Konzerten selbst zu überzeugen!

Gerhard Röger,  
Cellolehrer und Betriebsratsvorsitzender

„Sparsam fährt am längsten.“\*



Der Clio.  
Made in Paradisa.



Veranstalter:  
ADAC und ÖAMTC  
(Automobilclub von  
Österreich)

\* Das bescheinigten die Prüfer (AutoBILD, Heft 18/96) auch dem Clio: Beim Benzinverbrauch blieb er im Test-Durchschnitt deutlich unter dem Mittelwert der getesteten Kleinwagen-Flotte.

Nur ein Beispiel für die zeitgemäß-wirtschaftliche Motorenentwicklung aus der Formel 1-Schmiede von Renault:

Der neue Renault ECON-Benzinmotor (40 kW/55 PS) für die neue Clio-Generation - verführerisch spritzig, aber auch paradiesisch sparsam.

### Renault Clio.

Autohaus Franz Peuker  
GmbH  
In der Au 7  
69257 Wiesenbach  
Tel. 0 62 23 / 59 84  
Fax 0 62 23 / 4 95 55



Bewußt genießen-  
aktiv die Umwelt  
schützen

mit

Allgäuer  
Käsespezialitäten

aus Milch von kontrolliert  
biologisch wirtschaftenden  
Bauernhöfen

## Kornblume

Neckarstr.5 69151 Neckargemünd  
Tel. 06223 / 72777 FAX 2671

# Musikschule - Quo vadis?

Die acht Trägergemeinden der Musikschule Neckargemünd haben übereinstimmend ihre Mitgliedschaft zum 30.9.1997 gekündigt. Ursächlich für die Kündigungen der Mitgliedsgemeinden sind in erster Linie die explodierenden Kosten (die zu 92 % aus den Vergütungen für die Musiklehrer bestehen). Hatte die Gemeinde Wiesenbach im Jahre 1982 noch 5.488 DM für 37 Schüler zu bezahlen, so sind dies heute 38.033 DM bei 50 Musikschülern.

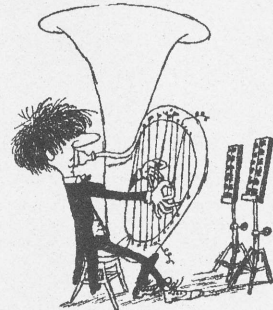
Nach der Steigerung des Zuschusses pro Kopf und Jahr von 263 DM im Jahre 1989 auf 470 DM im Jahre 1990 hat der Gemeinderat Wiesenbach um die Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für die Musikschule gebeten und mehrere Vorschläge unterbreitet. Im Jahre 1994 beschloß unser Gemeinderat eine "Deckelung" der Zuschussung mit max. 25.000 DM unter Hinnahme einer dann evtl. entstehenden Warteliste für Schüler.

Ausgelöst durch einen "dramatischen" Jahresabschluß 1994 und auch aufgrund der prekären Finanzlage in allen Gemeinden kamen schließlich 1995 intensive Gespräche über Kosteneinsparungen bei der Musikschule in Gang. Schon am 14.3. und 16.3.95 haben Vorstand und Bürgermeister einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Obwohl im Juli 1995 noch der Jahreshaushalt beschlossen werden konnte, erwogen jetzt schon die Gemeinden Neckarsteinach, Mauer und Meckesheim den Austritt. Bei den sich anschließenden weiteren Diskussionen kamen auch wieder die Schulgeldstaffelung nach sozialen Gesichtspunkten und erstmals der sog. "Ferienüberhang" der Musiklehrer zur Sprache, einer der heutigen Hauptstreitpunkte, wenn von Kosteneinsparungen gesprochen wird.

Die Gemeinde Meckesheim hat schließlich zur Mitgliederversammlung am 11.12.1995 den Antrag auf Satzungsänderung eingebracht; demnach sollten die Gemeindegzuschüsse (z.Zt. 503.000,— DM) künftig nicht höher als der Staatszuschuß (z.Zt. 245.000,— DM) sein. Das hätte - bei Einrechnung aller weiteren Einsparungsvorschläge - in etwa eine Halbierung der jetzigen Gemeindegzuschüsse zur Folge gehabt. Allerdings hätten dann die Elternbeiträge von 135,— DM auf 183,— DM erhöht werden müssen. In der Mitgliederversammlung vom 26.2.96 stimmten leider Neckargemünd und Bammental nicht für diese Satzungsänderung,

so daß keine satzungsändernde Mehrheit zustande kam.

Zuvor hatte auch der Gemeinderat Wiesenbach einstimmig für das "Meckesheimer Modell 2" votiert. In der Konsequenz beschloß auch der Wiesenbacher Gemeinderat den Austritt aus der Musikschule.



Der Vorstand der Musikschule e.V. hat deshalb die nach Tarifvertrags-, Arbeits-, Vereins- und Bürgerlichem Recht erforderlichen Schritte unternommen. U.a. sind Gespräche mit dem Betriebsrat der Musikschule über die arbeitsrechtlichen Folgen angelaufen. Auch ein sog. "Runder Tisch" hat sich gegründet. Vom Vorstandsvorsitzenden werden die betr. Gemeinden fortlaufend informiert.

Es ist nicht auszuschließen, daß Lösungen gefunden werden, die es den Gemeinden ermöglichen, unter den dann evtl. gegebenen Bedingungen in den Musikschulverein e.V. als Mitglied zurückzukehren. Dazu ist m.E. allerdings erforderlich, daß

- ☞ die Musikschullehrer den vollen Ferienüberhang ausgleichen und tarifrechtliche Einschränkungen vereinbaren,
- ☞ die Eltern ein wesentlich höheres, evtl. gestaffeltes Schulgeld bezahlen,
- ☞ weitere Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen (Gruppenunterricht, Leistungsnachweise, usw.),

um so dem "Meckesheimer Modell 2" zum Durchbruch zu verhelfen. Das würde den Gemeinden immerhin noch einen ansehnlichen Zuschußbetrag abfordern, wäre aber ein vertretbares Maß an Musikförderung zusätzlich zur örtlichen Vereinsförderung.

Sollte keine Einigung mit dem Betriebsrat über das angestrebte Ziel erfolgen, muß die Mitgliederversammlung in Kürze über das weitere Bestehen bzw. die Auflösung der Musikschule entscheiden.

Friedbert Kaiser, Bürgermeister

## Der Landrat will mehr Geld

Gebührenerhöhungen um die dreißig Prozent sieht die bündnisgrüne Kreistagsfraktion auf alle Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis zukommen. Die Kommunen, die das Einsammeln der Abfälle jetzt noch schnell an den Kreis, bzw. die AVR übertragen, entgehen dem Gebühren-Fallbeil des Landrats dadurch nicht, heißt es in einer Presseerklärung der Fraktion.

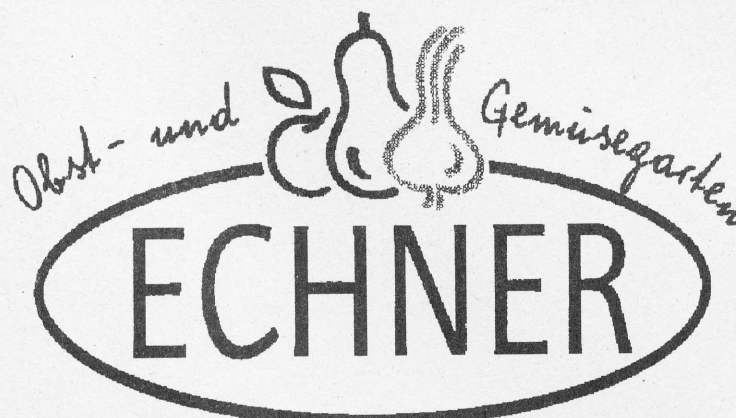
Ihr Sprecher Hans-Ulrich Sckerl findet es unerträglich, daß jetzt letztlich die Bürgerinnen und Bürger für die verfehlte Abfallpolitik des Landrats die Zeche zahlen sollen. So würde ab 1997 der Restmüll mit hohen Kosten in Mannheim verbrannt, bevor er auf die Deponie käme. Gleichzeitig sitze die Müllverbrennungsanlage auf der Friesenheimer Insel nach der Inbetriebnahme des vierten Kessels auf 130.000 Tonnen Überkapazität, die ebenfalls erheblich ins Geld ginge. Und schließlich wolle der Landrat „nicht realisierte Planungskosten für Müllentsorgungsanlagen“ in die Restmüllgebühren einrechnen, im Klartext die ca. 15 Mio DM für die vor sieben Jahren gescheiterte Verbrennungsanlage in Ladenburg.

## Naturschutz nach Art des Hauses

Im Zusammenhang mit den geplanten Kürzungen im Landeshaushalt will die Teufel-Regierung die Stellen bei den Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege in den Regierungspräsidien drastisch reduzieren. In Karlsruhe sollen zehn von vierzehn MitarbeiterInnen an andere Behörden abgegeben werden. Die Folge wäre eine Schwächung des Natur- und Landschaftsschutzes, weil z.B. bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Planungen der Gemeinden gar nicht alle Fälle mehr behandelt werden können. Das ist Umweltschutz konkret, wie ihn die CDU/FDP-Regierung versteht.

## So wird in Deszk abgerechnet

In der ungarischen Gemeinde Deszk, mit der Wiesenbach freundschaftliche Kontakte unterhält, werden derzeit alle Wohnstraßen geteert, die in der Vergangenheit oft keine feste Decke hatten. Zur Abrechnung dieser Erschließungskosten wird wie folgt verfahren: Die Gemeinde erklärt im Vorhinein, wieviel sie dazu beisteuert. Den Rest teilen die Anlieger in eigener Regie auch nach sozialen Gesichtspunkten untereinander auf.



Hauptstraße 20  
69257 Wiesenbach  
Tel.: 06223/47213  
Fax: 06223/484665

*aus eigener Produktion:* Hausmacher-Wurst · Fleisch  
Kartoffeln · Eier · Obst & Gemüse

*außerdem führen wir:* Südfrüchte · Trockenfrüchte  
Bauernkäse · Milchprodukte · Teigwaren · Feinkost  
Wein & Saft · Haushaltsbedarf *und vieles mehr*

## Jenseits von Wiesenbach

### Blick in die Nachbargemeinde Bammental: Bürgermeister Vogel im Alleingang in Sachen Schülerbeförderung!

Die Sommerpause nutzte Bürgermeister Vogel aus Bammental auf besondere Art und änderte Wesentliches an der Schülerbeförderung von Wiesenbach zum Gymnasium Bammental und zur Werkrealschule Bammental.

Bis zu den Sommerferien wurden die Schüler und Schülerinnen mit dem Bus eines Privatunternehmens zur Schule gebracht - zuverlässig und flexibel. Jetzt fährt der BRN (Busverkehr Rhein-Neckar) und zwar zu Zeiten, die gegenüber vorher extrem unattraktiv sind. Um 7:03 Uhr fährt der Bus ab - einzige Haltestelle ist die Poststraße. Um 7:08 Uhr ist der Bus in Bammental - Feuerwehrhaus und die Schule beginnt um 7.45 Uhr.

Kein Arbeitnehmer würde sein Auto für diese Strecke zu Hause stehen lassen, um mit dem Bus zur Arbeit zu fahren und an Ort und Stelle noch 35 Minuten auf den Arbeitsbeginn zu warten. Schüler ja, die haben keine Alternative. So entsteht die kuriose Situation, daß Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen das kleine, überschaubare, nahe gelegene Gymnasium Bammental gewählt haben und nicht das Neckargemünder oder eine der Heidelberger Schulen, von der Zeit her den längeren Schulweg in Kauf nehmen müssen. So darf nun morgens in der Aula des Gymnasiums Vokabeln gebüffelt, Bravo und Kicker gelesen oder geschwätzt werden - unter pädagogischer Aufsicht versteht sich. Lehrerstunden gibt es anscheinend genug und deren Bezahlung kommt aus einem anderen Topf als das Geld für die Schülerbeförderung. Das verstehe wer kann.

Der Verkehrsverbund möchte gerne die Kinder möglichst früh mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bekannt machen. Aus ökologischen Gründen ist dies sehr zu begrüßen. Nur auf diese Weise wird der Verkehrsverbund die jungen Fahrgäste bald wieder los werden, spätestens dann, wenn sie mit 16 oder 18 auf den eigenen fahrbaren Untersatz umsteigen. Und was die Pendler nach Heidelberg oder Mannheim betrifft, so verpassen sie ihre Bahn in Bammental um exakt 2 Minuten.

Übrigens stieß Bürgermeister Vogel im Gemeinderat bei allen Fraktionen auf Kritik und Unverständnis mit seiner schnellen Entscheidung.



Auch die Schule, Schülermitverwaltung, Schüler und Eltern wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

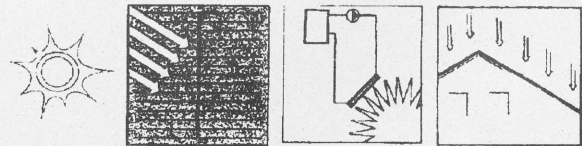
Für den laufenden Fahrplan lassen sich die Weichen nicht mehr umstellen, doch ich hoffe die Beschwerden der Eltern, Lehrer, Schüler und Gemeinderäte bleiben nicht ungehört und es gibt bald Positives zu berichten zum Thema Schülerbeförderung in Bammental.

I. Hofmann

## Ob Sonne, ob Regen, nix dagegen!

\*

### UMWELTFREUNDLICHE TECHNIKEN



**Kostenlose Sonnenenergie für Strom und Warmwasser, Regenwasser für Haus und Garten nutzen, - dadurch die Umwelt entlasten!**

**Selbstbau-Solaranlagen sind kostengünstig und eine wirtschaftliche Alternative zu herkömmlichen Energiequellen!**

**Wir bieten Ihnen diese Anlagen an, wir beraten Sie. Rufen Sie uns an, vereinbaren Sie mit uns einen Termin, Musteranlagen können vorgeführt werden.**

**Ursula Scholz**

Silcherstr. 7

**D 69257 Wiesenbach**

Tel. 06223/970310 Fax 06223/970311

## Wortlos abgestimmt

In der Gemeinderatssitzung am 5. September 1996 kamen wir von der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion aus dem Staunen nicht mehr raus.

Zunächst wunderten wir uns, daß zum Tagesordnungspunkt 12 „ Abstufung der K 4164 zur Gemeindestraße“ seitens unseren sozialdemokratischen Kollegen und unserer Kollegin keine Redebeiträge zu hören waren. Muß doch dieses verkehrspolitisch wichtige Thema auch gerade sie interessieren. Bisher jedenfalls trat die SPD als Verfechterin verkehrsberuhigender Maßnahmen auf.

Es ging nämlich nun endlich um die Abstufung der Poststraße, d.h. um die Chance, diese Straße in Gemeindeeigentum zu bekommen und somit in Zukunft selbst bestimmen zu können, wie diese Verbindung zwischen Bammentaler Straße und Kreisstraße genutzt werden soll.

Nachdem der Kreis die Instandsetzungskosten auf ca. 23 000 DM geschätzt hatte und der Gemeinde Wiesenbach anbot noch 13 000 DM für den Umbau des Einmündungsbereiches in die L 532 ( Hauptstr./Bammentaler Str.) beizusteuern, somit also im Falle der Abstufung 36 000 DM an die Gemeinde zu bezahlen, sahen wir endlich die Chance gekommen, daß Wiesenbach bald selbst bestimmt, ob dort eine 30 km/h Zone ausgewiesen wird, eine Anliegerstraße entsteht oder vielleicht eine Spielstraße eingerichtet werden kann.

Auch verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie Blumentröge oder ähnliches am Straßenrand wären vielleicht in Zusammenarbeit mit den Anwohnern der Poststraße denkbar gewesen, damit dort Kinder gefahrloser spielen, ältere Menschen ohne Angstschweiß die Straße über

queren können, und das Leben somit in der Poststraße an Qualität gewonnen hätte.

Aber daraus wurde nichts !

Nur einer aus dem gesamten Gremium, ein Mitglied der CDU-Fraktion wußte als Poststraßenanlieger anscheinend, um was es ging und teilte unsere Meinung.

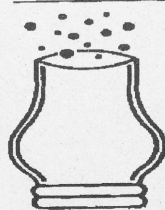
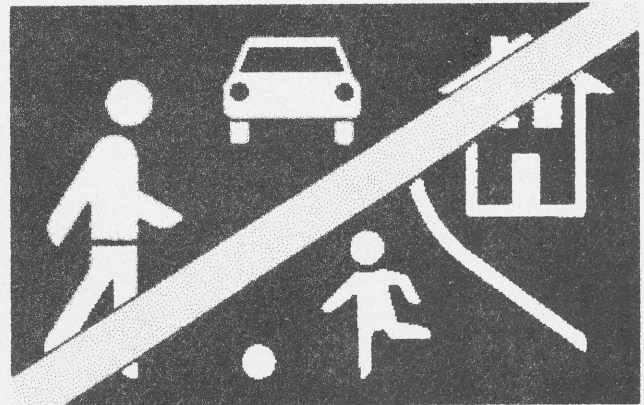
Alle anderen, eben auch alle drei Mitglieder der SPD-Fraktion stimmten geschlossen gegen eine Abstufung.

Sie machten sich alle u.a. das groteske Argument zu eigen, daß im Moment im Verhältnis zur L 532 die Poststraße mit 22,15 % des Verkehrs belastet sei und somit doch nicht zur Dorfstraße abgestuft werden könne.

Unser Einwand, daß genau dieses Verkehrsaufkommen durch geeignete Maßnahmen reduziert werden kann, fand keine Zustimmung.

Über ein derartiges verkehrspolitisches Verständnis kann man sich wirklich nur noch wundern.

Markus Bühler



**GETRÄNKE  
KERN**

**Breites Sortiment · Bester Service**  
Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH  
In der Au 8 · 69257 Wiesenbach  
☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84

### Grüner Antrag nur halb erfolgreich

Nicht leicht fällt die Entscheidung, wenn es um Gebührenerhöhungen geht, die uns alle und insbesondere die Vereine von Wiesenbach betreffen.

So war vor kurzem im Gemeinderat darüber zu beschließen, ob in der Biddersbachhalle und der Kühberghütte die bestehenden Gebührensätze angehoben werden.

Außerdem ging es aber auch um die Einführung einer Gebührenordnung für die Benutzung des Bürgerhauses.

Alle diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Einrichtungen produzieren natürlich tagtäglich Kosten, die nur zum geringsten Teil durch Erhebung von Gebühren gedeckt werden können.

Niemand von uns zahlt gerne mehr Geld für ein Angebot, aber alle Verbrauchskosten sind in den letzten Jahren derart gestiegen, daß für uns GRÜNE eine geringe Anhebung der Gebührensätze einsehbar und nachvollziehbar war. Wir haben diese mitgetragen.

Wir hatten dabei ein wachsames Auge auf die Verhältnismäßigkeit der Erhöhung und stellten klar, daß eine weitere Anhebung in den nächsten Jahren mit uns nicht machbar ist.

Keinesfalls wollen wir eine Behinderung des Engagements der Vereine und des kulturellen Lebens in unserer Gemeinde. Es muß für Initiativen und Angebote einzelner und natürlich auch der Vereine erschwinglich bleiben, eine öffentliche Einrichtung benutzen zu können.

Das war auch der Grund, weshalb wir GRÜNE im Gemeinderat eine Einführung von Gebühren für die Benutzung des Bürgerhauses nur mit Einschränkung zustimmen konnten.

Ergänzend zum Vorschlag der Verwaltung, die genaue Gebührensätze für die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten des Bürgerhauses ausgearbeitet und vorgelegt hatte, beantragten wir GRÜNE, daß jede Wiesenbacher Person einmal im Jahr kostenfrei im Bürgerhaus eine Veranstaltung im Rahmen der Benutzungsordnung durchführen kann und, daß jeder Verein dort zusätzlich gebührenlos eine Generalversammlung im Jahr abhalten darf. Über unsere Anträge wurde lange und intensiv diskutiert, wobei auch Stimmen laut wurden, die behaupteten, daß wir ja dann gleich gar keine Gebühren erheben bräuchten.

Das wäre uns natürlich das Liebste gewesen, aber die Mehrheit des Gemeinderates signalisierte die grundsätzliche Bereitschaft, einer Gebührenordnung ihr Placet zu erteilen. Unter diesem Vorzeichen verteidigten wir unsere Anträge, bis klar war, daß wir hinsichtlich der freien Generalversammlung fast alle Ratsmitglieder überzeugt hatten.

Das Verlangen nach einer zusätzlichen freien Veranstaltung stieß aber bei den übrigen Mitgliedern des Gemeinderats auf wenig Gegenliebe.

Wir GRÜNE entschlossen uns, lediglich auf der Ergänzung hinsichtlich der Generalversammlung zu bestehen und diesen Antrag in die Abstimmung zu schicken, da wir wenigstens diese vereinsfreundliche Komponente in die Gebührenordnung aufgenommen haben wollten. Unser Antrag fand dann auch die Zustimmung der Mehrheit, gegen die Stimme von BM Kaiser und bei ein paar wenigen Enthaltungen.

Heinz-Ludwig Nöllenburg / Markus Bühler  
Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Sinsheim-Waldangeloch

Bucheckernweg 3

☎ (07265) 49081

Filialen:

Wiesenbach • Hauptstraße 21

☎ 06223/49778

Eichenberg • Obere Klosterstraße 15

☎ 07259/2210

Adelshoten • Richener Straße 1

☎ 07262/4939



## Kommentar

**Bürgerhaus -  
Haus für den Bürger ?**

Im Zuge der Gebührenerhöhung für die Nutzung öffentlicher Einrichtung wie Biddersbachhalle oder Kühberghütte verabschiedete der Gemeinderat auch eine Gebührensatzung für das Bürgerhaus. Dabei wurden alle Einrichtungen über "einen Kamm geschoren" - das Bürgerhaus stellt keine besondere Einrichtung dar. Der Bürger muß zahlen !

Die Sparmaßnahmen werden unbesehen durchgereicht bis sie auch den letzten Bürger erreichen.

Auch wenn unsre Grüne Fraktion im Gemeinderat mittels eines Doppelantrages versuchte auf diplomatischem Weg die Verhältnisse geradezubiegen - das Bürgerhaus wird mehr und mehr ein Haus für Bürger-Meister und Gemeinde(Bürger) - Rat. Der beschlossene Kompromiß kann nicht verdecken, daß der Einzel-Bürger jede Nutzung seines Bürgerhauses bezahlen muß, Vereine sich weiterhin fern halten werden - Kulturveranstaltungen seltener werden.....

Und überhaupt - wieviel bezahlt der Bürgermeister und Gemeinderat für die regelmäßige Nutzung des Bürgersaales nach Inkrafttreten der Gebührenordnung?

Bernhard Hofmann

**Gesundheit und Arbeit**

Gesundheit ist ein hohes Gut und schmerzlich bewußt wird man sich dessen oft erst, wenn man krank ist. Die pharmazeutische Industrie wirbt manchmal mit den Portraits großer Künstler vergangener Zeiten, die früh - an heute heilbaren Krankheiten - verstorben sind. Damit soll auf die Notwendigkeit von „Fortschritt“ und Forschung hingewiesen werden, das soll gleichzeitig Werbung für die Qualität „unserer“ Medikamente sein (und „deutsche“ Medikamente müssen besonders gut sein, kosten sie in Deutschland doch oft das doppelte wie das gleiche Präparat im Ausland).

Nein - keine Angst, ich will nicht an der Pharmaindustrie und ihren Produkten pauschal herumörgeln, schließlich kommt man selber in die Situation, diese zu benötigen. An dieser Stelle möchte ich mich auch nicht über die unsäglichen Tierversuche der Pharmaindustrie auslassen. Auch nicht über die immer länger werdenden Listen von Nebenwirkungen, die den bunten Schächtelchen mit den exotischen Namen beigelegt sind und die bewußt oft so formuliert sind, daß kein Mensch sie versteht.

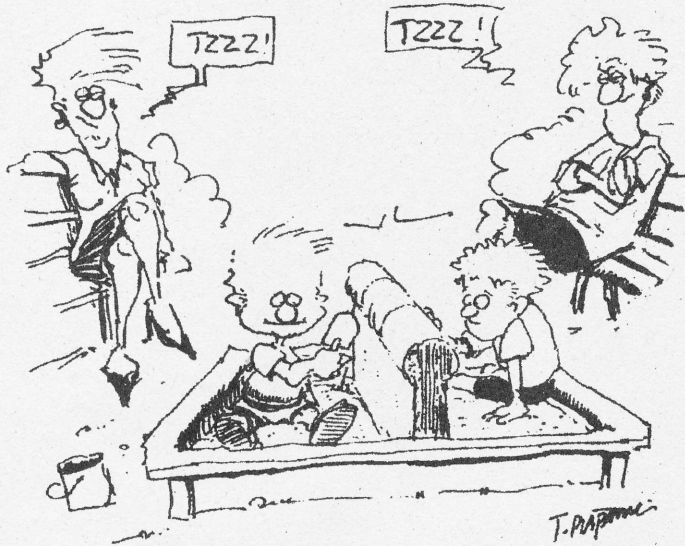
Ich frage mich nur, wie es kommt, daß wir trotz der unbestreitbaren Fortschritte der Arzneimittelforschung heute eine Zunahme von Krankheiten feststellen. So stirbt jede/r zweite Deutsche an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung. Mittlerweile werden zwischen 20 bis 35 % der Bevölkerung von Allergien geplagt. An Asthma und Bronchitis leiden doppelt so viele Menschen wie vor dreißig Jahren. Im

selben Zeitraum haben sich die Fälle tödlicher Melanom-Erkrankungen (Hautkrebs) verdoppelt. Die exponentielle Entwicklung der Erkrankungen der Grenzorgane (Haut und Atemwege) ist besonders auffällig. Nach weitverbreiteter Überzeugung hängt Krebs mit Defekten des Immunsystems zusammen. Schätzungsweise jedes siebte Paar bleibt in den Industriegesellschaften auf Dauer ungewollt kinderlos, ungewollte Unfruchtbarkeit hat sich in den letzten 40 Jahren verdoppelt, Tendenz steigend.. Die Zahl der



## Extra

Neuerkrankungen an Depression verdoppelt sich alle 10 Jahre. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Zwar haben wir einerseits Krankheiten und Seuchen bekämpfen können und brauchen uns heute nicht mehr vor der Pest zu fürchten, andererseits entstehen immer neue Krankheitsbilder, denken wir



nur an die Immunschwäche Aids.

Zwei Christdemokraten verstiegen sich unlängst zu der Forderung, es solle bis zum Alter von 67 gearbeitet werden (und das bei der aus Profitgründen ständig gesteigerten Arbeitsdichte und -intensität). Nun, ich will nicht über andere Berufe urteilen, ich weiß nur, daß in meinem, dem Lehrerberuf, jede/r zweite die Pensionsgrenze aus Krankheitsgründen oder vorzeitigem Tod nicht mehr erreicht. Gleichzeitig wissen wir um die psychischen und gesundheitlichen Folgen von gesellschaftlicher Ausgrenzung z.B. durch Arbeitslosigkeit. Es ist also unsere Zivilisation, die offenbar krank macht. Die einen müssen zuviel arbeiten (bis hin zur Kinderarbeit von Portugal bis Nepal), die anderen würden gerne arbeiten, werden aber von der Arbeit ausgeschlossen. Eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Schichten muß vorgenommen werden. Dies ist nicht zu erwarten von einer industriellen Managerschicht, die seit Jahren von der Arbeitslosigkeit profitiert, um auf die Arbeitsinhaber (Lohn-)Druck auszuüben. Die jetzige Bundesregierung ist viel zu sehr Unternehmer-Lobby, als daß man einen Willen zur Beendigung der Arbeitslosigkeit erkennen könnte - und mal ehrlich: erwarten Sie, daß die CDU/FDP es schafft, die Arbeitslosenzahl auch nur zu halbieren?

Aber ich will nicht nur mit dem Finger auf die Regierung und die profitsüchtigen Unternehmer

deuten. Als Gewerkschafter muß ich auch die Kolleginnen kritisch betrachten, die seit Jahren regelmäßige Überstunden leisten und damit ein gewisses Maß an Mitverantwortung für Arbeitslosigkeit tragen. Interessanterweise hat dies der Arzt Paul Lafargue (der ungeliebte Schwiegersohn eines Herrn Marx) schon im letzten Jahrhundert auf den Punkt gebracht: „Können die Arbeiter denn nicht begreifen, daß dadurch, daß sie sich mit Arbeit überbürden, die ihre und ihrer Nachkommenschaft Kräfte erschöpfen, daß sie, abgenutzt, vorzeitig arbeitsunfähig werden, daß sie alle schönen Anlagen in sich ertöden, nur um der rasenden Arbeitssucht willen? (...) Statt in den Zeiten der Krise eine Vertheilung der Produkte und allgemeine Erholung zu verlangen, rennen sich die Arbeiter vor den Thüren der Fabriken die Köpfe ein.... und die Herren industriellen Philanthropen benutzen die Arbeitslosigkeit, um noch billiger zu produzieren.“

Diese Sätze aus Lafargues Buch „Das Recht auf Faulheit“ sind provokativ und

erfrischend aktuell. Denn statt über die ungerech-

## Schmuckstudio Sonja Seiler

Aktuelle Goldschmuck-Kollektionen  
in 8 Karat, 14 Karat und 18 Karat  
für Sie und Ihn  
Silberschmuck, u.a. Indianerschmuck  
Schmucksteine  
Kinderschmuck  
Uhren  
Reparaturannahme  
Umarbeitung und Spezialanfertigung  
Geschenkartikel

Wir freuen uns auf Ihren Besuch !

In der Au 13  
69257 Wiesenbach  
Telefon/Fax: 06223-484587

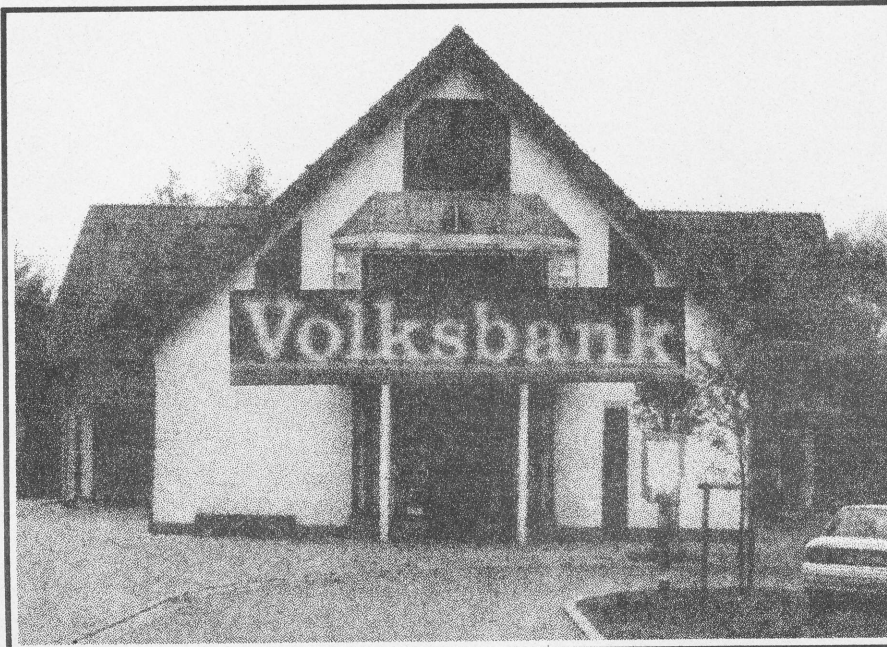
te Verteilung von Gewinnen nachzudenken, haben wir in unseren Köpfen immer noch den 8-Stunden-Arbeitstag für alle Menschen - und das zu einer Zeit, wo der hohe Stand der Technologie eine tägliche Arbeitszeit von 3 oder 4 Stunden für alle ermöglichen würde.

Weshalb regt sich von der Kohl-Regierung denn niemand auf, das z.B. der Siemens-Konzern, trotz Milliardengewinnen, keine müde Mark mehr Steuern in Deutschland zahlt, ja, daß im Beisein von Herrn Waigel der Herr Schremp von Daimler-Benz ankündigen kann, daß auch Mercedes in zwei Jahren in Deutschland keine Steuern mehr zahlen wird?

Noch nie gab es so viele Reiche in Deutschland - und das gehört zusammen - bei gleichzeitig wachsender Armut vieler Menschen. Diese Armut ist nicht nur materiell zu sehen, sie bezieht sich auch auf den Mangel an Gesundheit.

Peter Kühn

*Ullis Teeladen  
öffnet  
am  
2. November 1996  
in der  
Deywiesenstraße 1  
seine Pforten*



*Was ist der Unterschied  
zwischen einer Volks-  
bank und einem Bürger-  
haus ?*

*Aus der Volksbank kann  
man mit Geld heraus-  
kommen ...*



Es sagte ...

„Wenn wir die Spiele selber vermarkten könnten, bekämen wir etwa 5 Millionen DM. Aber das ist der Sozialwahn, der in der Liga herrscht. ...

Wir sind sicherlich für eine gerechte Verteilung, aber irgendwo hört der Spaß auf.“

Franz Beckenbauer über den UEFA-Cup

## Die letzte Seite



### Den Räuber und den Dieb

Den Räuber und den Dieb, den hat keiner lieb  
Die Direktoren vom Konzern, die hat man-  
cher gern  
Denn sie sind anerkannt, wohnen auf dem  
platten Land  
Weil sie niemand traun, hinter einem hohen  
Zaun

Wer in die Ladenkasse fasst, der wandert in  
den Knast  
Der Direktor schickt sein Geld an alle Ban-  
ken der Welt  
Will ihn's Finanzamt überraschen, steht er da  
mit leeren Taschen  
Er hat nichts für die Steuer - der deutsche  
Standort ist zu teuer

Den arbeitslosen kleinen Mann, sieht nie-  
mand so hoch an  
Den Direktor siehste wohl, liebt die Regie-  
rung Kohl  
Er vertritt den rechten Glauben von hoch-  
hängenden Trauben  
Verhindert das gleich sein, allein schon durch  
reich sein

Einen lumpigen Dieb, den hat niemand lieb  
Doch mit Villa und Chauffeur ist das Leben  
halb so schwer  
Da kann man, kaum zu glauben, Milliarden  
Löhne rauben  
Und hat zur guten Schmierung den Segen der  
Regierung

Und die Moral von der Geschicht - eine Mo-  
ral haben die nicht  
Die Reichen und Großen, Verantwortungslo-  
sen  
Mafia international, Mensch und Umwelt  
sind egal  
Die sind bei aller Liebe - nur große Räuber  
und Diebe.

(Peter Kühn)

## Termine

### 6. November 1996

Nächstes Treffen der Wiesenbacher Grünen  
20 Uhr  
Gasthaus „Löwen“

### 9. November 1996

Öffentliches Fach-Hearing

#### „Der soziale Kahlschlag hinterläßt Spuren“

*Folgen des Sozialabbaus für Familien,  
ältere Menschen, Selbsthilfegruppen  
und Gemeinden*

*Alternative Wege zu sozialer Gerechtigkeit*  
mit Siegfried Stresing (Landesfamilienrat)  
Ute Wirsching (Sozialstation Ladenburg)  
Birgitt Bender MdL (Bündnis 90/Die Grünen)  
Marion Schutt (Selbsthilfebüro Heidelberg)  
und bündnisgrünen KreisrätInnen aus dem  
Rhein-Neckar-Kreistag

14 Uhr bis 18 Uhr 30

„Goldener Anker“  
Neckargemünd

## Adressen

### Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90 / Die Grünen:

Ingrid Hofmann  
Panoramastraße 40 Telefon: 46833

### Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Markus Bühler  
Hauptstraße 53  
Telefon: 970293 Fax: 970295

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Schillerstraße 52  
Telefon/Fax: 484121

### IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung  
des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen.  
DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985 alle Vierteljahre  
und wird  
bei einer Auflage von 1300 Stück  
kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.  
REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann  
und Heinz-Ludwig Nöllenburg  
V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann  
Panoramastraße 40  
69257 Wiesenbach  
Tel.: 06223-46833

Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall  
die Meinung der Redaktion dar.